

## **7. Objektkredit für den Neubau der Kantonsschule Uetikon am See**

Antrag des Regierungsrates vom 7. Mai 2025 und Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 3. Februar 2026

Vorlage 6020a, *Ausgabenbremse*

*Ratspräsident Beat Habegger: Ziffer römisch I untersteht der Ausgabenbremse.*

*Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Präsidentin der Kommission für Planung und Bau (KPB):* Die vorliegende Vorlage betrifft ein unbestritten wichtiges, aber auch kontroverses Infrastruktur- und Bildungsprojekt unseres Kantons. Auf dem Areal der ehemaligen Chemiefabrik in Uetikon am See soll eine Transformation eines historischen Industriegrundstücks direkt am Zürichsee stattfinden. Eine neue Bildungslandschaft soll ebenso entstehen wie privates Wohnen und ein öffentlicher Seepark.

Im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit habe ich mein Referat gekürzt. Im Zentrum der heutigen Beratung steht die Frage, in welchem Umfang dieses Projekt umgesetzt werden soll. Der Regierungsrat beantragt einen reduzierten Objektkredit von 233,1 Millionen Franken. Diese Reduktion erfolgt insbesondere durch das Zurückstellen der Berufsfachschule, den Verzicht auf eine Aula sowie durch Anpassungen bei den Reserven gegenüber dem ursprünglich angedachten Projekt. Demgegenüber beantragt die Kommissionsmehrheit der KPB eine Erhöhung des Kredits um 45 Millionen Franken, um das ursprünglich angedachte Gesamtprojekt weitgehend umzusetzen. Ein Minderheitsantrag folgt demgegenüber dem Regierungsrat, wünscht aber, die Berufsschule trotzdem zu planen, und zwar auf dem Areal der heutigen Kantonsschule Uetikon, dem Provisorium auf der Rossweid.

Die KPB liess sich an elf Sitzungen, inklusive zwei Augenscheinen in Uetikon am See, umfassend orientieren und wir danken den beiden involvierten Direktionen sehr herzlich. Im Folgenden erläutere ich Ihnen die wesentlichen Themen und Diskussionsbereiche: Als erstes sei die Schulraumplanung und Schülerinnen- und Schülerzahlenentwicklung im Kanton erwähnt, welche in der KPB einiges zu diskutieren gab. Hier konnte die Bildungsplanung der Bildungsdirektion mittels Studien und Daten aufzeigen, wie sich die Schülerinnenzahlen entwickeln werden und dass sie zumindest bis 2039 konkret vorliegen würden, dass aber natürlich solche Prognosen auch immer mit einer gewissen Unsicherheit behaftet seien. Einen Peak erwartet die Bildungsdirektion bis 2032. Zudem bestünden schon heute im Kanton beim Schulraum Engpässe, vor allem eben, weil es grosse Klassen seien. Die Entwicklung der Zahlen bei den Mittelschulen verlaufe parallel zu derjenigen bei den künftigen Berufsfachschülerinnen und -schülern.

Ein weiterer Fragekomplex in der KPB betraf die Pläne des Regierungsrates zur Berufsfachschule im Allgemeinen. Es musste präzisiert werden, dass der Regierungsrat zwar das Areal gemäss Antrag ohne die Berufsschule entwickeln möchte,

dass die Pläne für die Berufsfachschule aber nur aufgeschoben seien. Wie der Regierungsrat darlegte, sei der Verzicht auf die Berufsfachschule aufgrund der finanziellen Lage des Kantons gefallen. Mit 230 Millionen Franken sei der Kredit auch jetzt noch sehr hoch, ein Verzicht sei im Sinne der Investitionspriorisierung gefällt werden. Die Investitionspriorisierung rückte für einmal damit auch in den Fokus der Diskussionen in der KPB.

Um die Auswirkungen auf den gegenständlichen Objektkredit besser abschätzen zu können, lud die KPB auch die Finanzdirektion mit Finanzdirektor Ernst Stocker ein. Er erläuterte uns die Grundlagen der Priorisierung nochmals ausführlich. Dabei ging es insbesondere um die Entwicklung der Nettoschulden des Kantons, die Folgen des Entlastungspakets 27 des Bundesrates und damit die Verlagerung von Ausgaben auf die kantonale Ebene. In diesem Sinne, so argumentierte die Finanzdirektion im Namen des Gesamtregierungsrates, brauche es eine Reduktionsmassnahme wie den gekürzten Kreditantrag sowie eine weitere Nutzung des Provisoriums.

Die angesprochene längerfristige Nutzung des Provisoriums der Kantonsschule, eben in der sogenannten Rossweid, wurde ebenfalls ausgiebig diskutiert. Das Provisorium liegt auf einer Parzelle im Kantonseigentum, die Erschliessung erfolgt allerdings über Gemeindeland. Der Regierungsrat führte aus, dass die Nachnutzung der Rossweid mit der Berufsfachschule grundsätzlich möglich sei, aber die Zustimmung der Behörde, der Gemeinde, mittels einer Änderung der BZO (*Bau- und Zonenordnung*) bedinge. Neben der BZO-Revision müsste zudem die Frage der fortgesetzten Landbeanspruchung auf der Parzelle der Gemeinde geklärt werden. Ursprünglich habe es sich nämlich um ein Grundstück in der Landwirtschaftszone gehandelt, das mit dem Instrument der Durchstossung zu einer Zone für öffentliche Bauten habe umgewidmet werden können. Der Gemeinde und der Bevölkerung sei damals zugesichert worden, dass es sich um eine befristete Nutzung nur für eine Mittelschule handle.

Die Gemeindeanliegen wurden in der KPB auch ausführlich beleuchtet. Mit einer Vertretung konnte diskutiert werden, welche Punkte der Gemeinde wichtig waren, beispielsweise die Bedeutung des Areals, aber auch die Vorbehalte der Gemeinde gegenüber einer BZO-Änderung sowie die Wichtigkeit des Seeuferparks. Auch die Frage der Grundstücksaufteilung zwischen Kanton und Gemeinde wurde besprochen. Gemäss Aussagen der Baudirektion gehört zurzeit das gesamte Areal je hälftig Kanton und Gemeinde. Auch Altlastensanierung und die weitere Nutzung des Provisoriums für eine Berufsfachschule standen im Zentrum der Beratungen. Die Kommission konnte sich mit einer Delegation von der grundsätzlichen Qualität des Schulprovisoriums überzeugen und die Bildungsdirektion konnte auch aufzeigen, dass sich die Kantonsschule auch für eine Berufsschule eignen würde und das prognostizierte Schülerzahlenwachstum dort aufzufangen wäre.

Heute hat der Kantonsrat gleich über mehrere Anträge zu befinden. Im Laufe der Beratungen innerhalb der KPB wurden zusätzliche Anträge eingereicht, auf die ich aber jetzt nicht mehr eingehen werde. Die Mehrheit der KPB beantragt dem

Kantonsrat für den Neubau der Kantonsschule Uetikon am See, der Berufsfachschule, die Altlastensanierung und die Umgebung einen Objektkredit von insgesamt 278 Millionen Franken. Damit ist gegenüber dem Antrag des Regierungsrates eine Erhöhung von 45 Millionen Franken für die Erstellung des ursprünglichen Gesamtprojektes vorgesehen. Die Mehrheit der Kommission stützt sich dabei auf folgende Überlegungen: Erstens wird argumentiert, dass das Projekt als Gesamtanlage konzipiert worden sei und die einzelnen Teile funktional und planerisch aufeinander abgestimmt seien. Eine Reduktion würde nicht nur diese Abstimmung beeinträchtigen, sondern auch bereits getätigte Kosten für Planung teilweise entwerten. Zweitens wird auf die angestrebten Synergien zwischen Kantonsschule und Berufsfachschule hingewiesen. Ein gemeinsamer Campus ermögliche die gemeinsame Nutzung von Infrastruktur, fördere den Austausch zwischen unterschiedlichen Bildungswegen und trage zu einer effizienten Raumnutzung bei. Dabei geht es um Aula, Mensa, Sporträume, Räume für die MINT-Fächer (*Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik*). Drittens betont die Mehrheit die bildungspolitischen Dimensionen. Prognosen zeigten einen anhaltenden Bedarf an Schulraum sowohl im allgemeinbildenden wie auch im beruflichen Bereich. Die gleichzeitige Realisierung beider Institutionen wird daher als vorausschauende und nachhaltige Lösung betrachtet. In den Augen der Mehrheit steht somit ein Standort zur Verfügung, der über Jahre hinweg sorgfältig geprüft, planerisch entwickelt und politisch breit abgestützt wurde.

Demgegenüber beantragt eine Minderheit aus SVP und FDP dem Kantonsrat, die Vorlage im Sinne des Regierungsrates zu verabschieden. Zudem lädt sie den Regierungsrat ein, bei der Gemeinde Uetikon am See eine Änderung der BZO zu erbitten, damit die Berufsfachschule Stäfa vorübergehend im Provisorium Rossweid untergebracht werden kann, neue Dispositivziffer IV. Und sie lädt ihn zudem ein, eine Realisierung der Berufsfachschule auf dem Areal der CU Uetikon (*ehemalige Chemiefabrik Uetikon*) in die Projekt- und Investitionsplanung aufzunehmen, neue Dispositivziffer V. Einen entsprechenden Antrag kann sie nicht stellen, wohl aber eine entsprechende Einladung aussprechen. Hintergrund der Minderheitsmeinung ist die finanzpolitische Argumentationslinie des Regierungsrates. Die Minderheit weist darauf hin, dass sich die Kostenentwicklung des Projektes in den letzten Jahren deutlich nach oben bewegt habe. Faktoren wie die allgemeine Bauteuerung, die Altlastensanierung, der anspruchsvolle Baugrund sowie die infrastrukturelle Erschliessung hätten zu erheblichen Mehrkosten geführt. Vor diesem Hintergrund erscheint es aus der Sicht der Minderheit angezeigt, das Projekt zu priorisieren und auf das aktuell Dringendste zu konzentrieren. Die Minderheit stützt in diesem Sinne den Antrag des Regierungsrates, der die Kantonsschule in den Vordergrund stellt und andere Elemente zurückstellt. Gleichzeitig anerkennt aber auch sie ausdrücklich den Bedarf der Berufsfachschule nach zusätzlichem Schulraum und schlägt daher die erwähnten ergänzenden Massnahmen für die Berufsschule vor. Damit stütze sie die Bedeutung der Berufsbildung und anerkenne den Handlungsbedarf für den Standort der Berufsfachschule Stäfa. In Gedanken an die Kreislaufwirtschaft sei das Nutzen eines hochwertigen Provisoriums überdies so lange wie möglich anzustreben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass keine grundsätzliche Differenz über die Zielsetzung besteht. Sowohl Mehrheit wie auch Minderheit anerkennen die Bedeutung des Standortes Uetikon am See und den Bedarf an modernen Bildungsinfrastrukturen. Über die Finanzierung hingegen herrscht Uneinigkeit. Im Namen der KPB-Mehrheit beantrage ich Ihnen Eintreten und Genehmigung des Objektkredits im Sinne des Mehrheitsantrags.

*Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg):* Die SVP-Fraktion steht hinter dem dualen Bildungssystem und anerkennt den Bedarf nach mehr Schulraum für die Berufsschulen und die Mittelschulen im ganzen Kanton Zürich. Unsere Kinder und Jugendlichen brauchen im ganzen Kanton Zürich eine gute Bildungsinfrastruktur und nicht nur im Bezirk Meilen, deshalb lehnen wir den Kommissionsantrag ab und unterstützen den Antrag der Regierung respektive der Minderheit.

Letzten Herbst hat der Regierungsrat Infrastrukturbauten für die Bildung im Umfang von rund 600 Millionen Franken gestoppt oder verschoben. Fast die Hälfte davon betrifft auch die Berufsbildung, wie zum Beispiel die Sanierung und Erweiterung der Berufsfachschule Bülach, deshalb unterstützen wir den Plan der Regierung. Das heutige Provisorium in Uetikon am See soll durch die Berufsfachschule weitergenutzt werden und die Berufsfachschule später auf dem ehemaligen Chemie-Areal gebaut werden. In der Zwischenzeit können dringendere Infrastrukturbauten im ganzen Kanton Zürich realisiert werden. Zum heutigen Provisorium muss gesagt werden: Es ist erst sieben Jahre alt und ein wahres Bijou. Und dazu existiert eine erst fünfjährige Turnhalle. 1000 Schülerinnen und Schüler können hier unterrichtet werden. Die Berufsschule Stäfa hätte auf einen Schlag doppelt so viel Schulraum zur Verfügung und dazu auch noch eine Turnhalle, die heute nicht existiert. Und Sie wollen diese Bildungsinfrastruktur aufgeben, obwohl an anderen Schulen im Kanton Zürich längst auf Investitionen gewartet wird. Wir haben im ganzen Kanton Zürich zu wenig Bildungsinfrastruktur und zu wenig Sporthallen. Der Notstand wird aufgrund des rasanten Bevölkerungswachstums noch prekärer. Deshalb müssen bestehende Bildungs- und Sportbauten so lange wie vertretbar genutzt werden, auch aus finanziellen und ökologischen Überlegungen, alles andere ist unverantwortlich.

Zum Abschluss noch kurz zur Kommunikation des Regierungsrates: Ich kann nicht verstehen, dass der Regierungsrat hier über die Medien die Projektpartner über die Änderung seiner Pläne informiert hat. Das geht nicht und das soll in Zukunft dringend vermieden werden, denn eine Partnerschaft auf Augenhöhe funktioniert so nicht. Nichtsdestotrotz unterstützen wir die Sparbemühungen und die Investitionspriorisierung des Regierungsrates und lehnen den Mehrheitsantrag und den Baukredit ab.

*Jonas Erni (SP, Wädenswil):* Die geplante Kantonsschule in Uetikon am See steht exemplarisch für eine zentrale Frage unserer Zeit: Wie gestalten wir eine Bildungsinfrastruktur, die nicht nur den heutigen Anforderungen genügt, sondern auch den kommenden Generationen gerecht wird? Die SP unterstützt die geplante

neue Kantonsschule auf dem ehemaligen Chemie-Areal ausdrücklich. Die Realität ist klar, die Schülerzahlen steigen, der Druck auf unsere Mittelschulen wächst, insbesondere in der Stadt Zürich. Wir brauchen dringend zusätzliche Kapazitäten. Der Standort in Uetikon am See ist dabei klug gewählt. Er entlastet die urbanen Zentren und schafft Perspektiven für die gesamte Region am rechten Zürichseeufer.

Doch diese Vorlage ist mehr als nur ein Bauprojekt, sie ist eine Chance, eine Chance, ein belastetes Industrie-Areal nachhaltig zu transformieren – mit Altlastensanierungen, erneuerbaren Energien und öffentlich zugänglichen Freiräumen. Ein Ort, der nicht nur Bildung ermöglicht, sondern Lebensqualität schafft. Ein Ort, der sich öffnet, auch mit einem Seezugang für die Bevölkerung. Aber wir dürfen diese Chance nicht halbherzig nutzen. Die im Rahmen der Leistungsüberprüfung vorgenommenen Kürzungen sind aus unserer Sicht nicht akzeptabel. Wer bei der Bildung spart, spart an der Zukunft. Der Verzicht auf eine Aula, ein zentraler Ort für Begegnung, Kultur und schulisches Leben, ist kurzsichtig.

Ebenso unverständlich ist die Verschiebung der Berufsfachschule, denn eines muss klar sein: Bildung ist mehr als ein Gymnasium. Unser duales Bildungssystem ist eine der grössten Stärken unseres Kantons und unseres Landes. Die Berufsbildung ist kein Anhängsel, sie ist ein gleichwertiger, unverzichtbarer Pfeiler. Darum ist es richtig und notwendig, dass wir den Objektkredit von 233 auf 278 Millionen Franken erhöhen. Damit schaffen wir die Grundlage, um die Berufsfachschule von Anfang an in dieses Projekt zu integrieren und auch die Aula zu realisieren. Ein gemeinsamer Campus für Mittel- und Berufsbildung ist kein Luxus, er ist eine Investition in Synergien, in Effizienz und in Qualität. Gemeinsame Infrastrukturen, gemeinsame Räume, gemeinsame Perspektiven, das stärkt nicht nur die Schulen, sondern das gesamte Bildungssystem. Wer heute auf diese Integration verzichtet, wird morgen die Rechnung bezahlen – mit höheren Kosten, mit schlechteren Rahmenbedingungen für Lernende und Lehrbetriebe und mit verpassten Chancen. Und auch die Aula ist kein Beiwerk, sie ist ein Herzstück, ein Ort für Prüfungen, für Veranstaltungen, für kulturellen Austausch, ein Ort, der Schule erst zu einer Gemeinschaft macht.

Gute Bildung braucht Weitsicht. Sie braucht den Mut, heute richtig zu entscheiden, auch wenn es mehr kostet, denn es ist immer teurer, später nachzubessern, was man heute versäumt hat. Diese Vorlage geht in die richtige Richtung, aber sie wird erst dann zu einem echten Zukunftsprojekt, wenn wir sie vollständig denken. Darum bitte ich Sie im Namen der SP, stimmen Sie der Vorlage zu und stimmen Sie ebenso klar der Erhöhung des Objektkredits auf 278 Millionen Franken zu, für eine Bildung, die niemanden zurücklässt, für einen Campus, der verbindet, für die Zukunft unseres Kantons. Danke.

*Stephan Weber (FDP, Wetzikon):* Mit dieser Vorlage hat der Regierungsrat dem Kantonsrat eine äusserst seltsame Vorlage überwiesen. Die Kanti Uetikon ist heute in einem zweckdienlichen Provisorium im Dorfzentrum von Uetikon untergebracht. Die Berufsschule ist hingegen heute in Stäfa in nicht zweckdienlichen

Räumlichkeiten untergebracht. Auf dem Areal der ehemaligen Chemischen Fabrik Uetikon hat der Kanton ein grosszügiges und aufwendiges Neubauprojekt für die beiden Schulen erarbeiten lassen. Das Projekt hat den Stand eines ausgereiften Vorprojektes, ein Bauprojekt oder eine Baubewilligung liegt noch nicht vor. Wir fällen hier also einen Investitionsentscheid in einer frühen Projektphase, was in diesem Fall aus meiner Sicht grundsätzlich zweckmässig ist.

Nun hat der Regierungsrat jedoch ziemlich hemdsärmelig die Berufsschule aus diesem Gesamtprojekt herausgestrichen, und dies, ohne eine Lösung für die Berufsschule aufzuzeigen. Den Entscheid begründet der Regierungsrat mit der Priorisierung der Investitionen. Geschätzte Damen und Herren Regierungsräte, da habt ihr einfach nur den halben Job gemacht. Es ist die Aufgabe des Regierungsrates, die Investitionen langfristig zu planen. Der Kantonsrat wird mit der langfristigen Immobilienstrategie laufend informiert und kann auch beim Budget Einfluss nehmen. Der Detailentscheid, wann welche Investition getätigt werden soll, ist Sache des Regierungsrates. Die FDP steht klar hinter der Priorisierung der Investitionen durch den Regierungsrat, und dies gilt auch, wenn wir momentan noch erfreuliche positive Jahresabschlüsse verzeichnen dürfen.

Nun zurück zum Objektkredit: Die FDP will einen Objektkredit, welcher klar eine Lösung für die Räumlichkeiten der Berufs- und der Kantonsschule aufzeigt und mit der Priorisierung der Investitionen abgestimmt ist. Es ist die Aufgabe des Regierungsrates, diese Lösung aufzuzeigen. Die FDP steht grundsätzlich hinter dem Objektkredit für die Schulen an diesem Standort und fordert mit ihren Anträgen aber, dass der Regierungsrat auch eine Lösung für die Berufsschule sicherstellt. Die Mehrheit im Rat wird heute gemäss dem Kommissionsantrag einer Aufstockung des Kredites für den Neubau der Berufsschule zustimmen; dies ohne zu wissen, ob dadurch mit der Priorisierung der Investitionen eine Verzögerung für dieses gesamte Projekt erfolgt oder die Umsetzung anderer Investitionsprojekte zurückgestellt wird. Die FDP kann dieses Vorgehen nicht mittragen und wird den Objektkredit deshalb ablehnen.

*Sascha Ullmann (GLP, Zollikon):* Wir beraten heute keinen gewöhnlichen Baukredit, wir entscheiden über die Frage, wie vorausschauend wir im Kanton Zürich die Berufsbildungsinfrastruktur planen wollen. Es liegt ein sinnvolles Projekt vor: ein Bildungscampus in Uetikon am See, der Gymnasium und Berufsfachschule zusammenführt, ergänzt durch eine gemeinsame Aula und zentrale Infrastruktur, ein Projekt, das inhaltlich überzeugt und das planerisch fortgeschritten ist. Und dennoch stehen wir vor einem Richtungsentscheid: Wollen wir dieses Projekt ganzheitlich realisieren oder wollen wir es reduzieren und zentrale Teile auf unbestimmte Zeit verschieben? Für die GLP ist klar, wir unterstützen den Antrag der Kommissionsmehrheit auf eine ganzheitliche Realisierung. Warum?

Erstens, weil es ökonomisch sinnvoll ist: Wer heute Teil des Projektes streicht, spart nicht, er verschiebt Kosten. Und er riskiert, dass später teurer, ineffizienter und ohne Synergien gebaut werden muss. Wir haben heute vom Sparen gehört,

auch von Parteien, die sich sonst gerne als Vertreter des Gewerbes verstehen. Gerade das Gewerbe weiss aber: Wer einen Auftrag halb ausführt, muss ihn später doppelt bezahlen.

Zweitens, weil Berufsbildung und Gymnasium zusammengehören: Der vorliegende Campus trägt dieser Gleichwertigkeit der Dualität Rechnung. Wer die Berufsfachschule aus dem Projekt herauslöst und auf einen Zeithorizont von 2040 oder später verschiebt, setzt falsche Signale – bildungspolitisch und eben auch gegenüber dem Gewerbe.

Drittens, weil Planungssicherheit zählt: Das Projekt ist städtebaulich entwickelt, abgestimmt und breit getragen. Ein Rückbau an diesem Punkt führt nicht zu Klarheit, sondern zu neuen Unsicherheiten, zusätzlichen Planungsrunden und letztlich eben zu Mehrkosten.

Die GLP steht für eine Politik, die ökonomisch, ökologisch und gesellschaftlich langfristig denkt, genau das verlangt diese Vorlage. Wir investieren hier nicht einfach in ein Gebäude, wir investieren in einen Berufsbildungsstandort, der den Anforderungen der Zukunft gerecht wird, effizient, integriert und nachhaltig. Oder anders gesagt: Wir haben die Wahl zwischen einem durchdachten Gesamtprojekt oder einer Etappierung, die am Ende mehr kostet und wenig bringt. Die GLP entscheidet sich darum heute für das Gesamtprojekt. Ich bitte Sie, dem Antrag der Kommissionsmehrheit Folge zu leisten. Vielen Dank.

*Wilma Willi (Grüne, Stadel):* Ich habe mit Begeisterung die alten Medienmitteilungen des Regierungsrates bezüglich des Schulareals Uetikon am See gelesen. Am 25. April 2019, also ziemlich genau vor sieben Jahren, schwärmten der damalige Baudirektor Markus Kägi zusammen mit der Bildungsdirektorin Silvia Steiner, ich zitiere: «Das Gebiet der ehemaligen Chemischen Fabrik in Uetikon am See ist aufgrund seiner Lage und Grösse ein Schlüsselareal und dessen Entwicklung eine einmalige Chance.» Sehr vorbildlich dazu wurde damals die Planung im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens vorgenommen. Die Bevölkerung wurde in Veranstaltungen mit zwischen 30 und 200 Teilnehmenden einbezogen, wirklich top. Im Februar 2022 konnten wir in einer weiteren Medienmitteilung im Rahmen der Bekanntmachung des Siegerprojekts lesen, wie der Neubau mit Aula und Mediathek als zentral und als Scharnier zwischen der östlich gelegenen Kantonsschule im historisch wertvollen Kammerofen-Gebäude und der westlich neu zu erstellenden Berufsfachschule beschrieben wurde, dazu diese schöne Dokumentation. Wie staunten wir, als es dann in der Medienmitteilung vom 15. Mai 2025 plötzlich hiess, es würde eine neue Kantonsschule entstehen ohne Aula, ohne Mediathek und ja, ohne Berufsfachschule. Wir alle mit Herz für die Bildung und natürlich insbesondere für die duale Bildung konnten uns darüber nur wundern, ja, uns ärgern. Und ja, wohin mit den Berufslernenden, die immer noch in dem 30-jährigen Provisorium in Stäfa unterrichtet werden? Na klar, diese verfrachten wir dann, wenn die Kantonsschule am See endlich fertig ist, ins Provisorium im Zentrum von Uetikon auf der Rossweid. Schön blöd nur, dass dort nur

ein Mittelschulprovisorium zulässig ist und für eine Berufsfachschule ein Beschluss der Gemeinde für eine Zonenänderung benötigt wird. Ob Uetikon einer Zonenänderung zustimmen wird, ist ungewiss, sogar eher fraglich.

Aber was lange währt, könnte endlich gut werden, und in diesem Fall mit etwas Nachhilfe aus der Kommission. Und nun zu meiner Interessenbindung: Seit mehr als einem Vierteljahrhundert kämpfe ich auf verschiedenen Ebenen für die Berufslernenden in unserem Kanton. Unter anderem habe ich 25 Jahre an einer Berufsfachschule unterrichtet. Ich habe selbst mehr als zwei Jahrzehnte Erfahrung mit Unterricht in Provisorien und nochmals Provisorien. Umso erfreulicher ist es, dass sich die Kommissionsmehrheit für eine Erhöhung von 45 Millionen Franken auf 278 Millionen Franken ausgesprochen hat. Mit diesem Antrag möchten wir das gesamte Projekt bewilligen und ausdrücklich den Neubau der Berufsfachschule sowie der Aula und der Mediathek ermöglichen. Unser Antrag enthält auch die sehr wichtige Passarelle und eine Reserve von 10 Prozent. Und das Beste daran, mit diesem Antrag sparen wir Kosten, denn wir alle wissen: Was später nachgeholt werden muss, wird immer teurer. Auch Zwischenlösungen sind niemals gratis zu haben. Zudem müssten Projektänderungen am bestehenden Projekt vorgenommen werden, alles kostet und kostet nochmals.

Zeigen Sie heute bitte Haltung. Wenn sogar die Standortförderungen Zimmerberg-Sihltal, der Goldküste sowie das Knonaueramt die Krediterhöhung gemeinsam unterstützen, da die Berufsbildung für die lokalen Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe von zentraler Bedeutung ist, wie könnten wir dies nicht ermöglichen? Ein Verzicht auf die Berufsfachschule heute würde zudem ein falsches Signal für das bewährte duale System senden. Wollen Sie das wirklich? Wir stimmen deshalb dem Kommissionsmehrheitsantrag zu und bitten Sie im Namen der Berufsbildung, dies ebenfalls zu tun.

*Ratspräsident Beat Habegger:* Ich möchte dieses Traktandum eigentlich heute beenden, dafür müssen wir aber um 12.15 Uhr abstimmen können, weil wir nachher noch eine Verabschiedung haben. Also einfach das jetzt mal als Zwischeninformation. Wenn es zu lange dauert, werden wir die Beratung unterbrechen und dann die Debatte zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufnehmen.

*Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen):* Wie der Regierungsrat auf die Idee kommen konnte, den Bau der Berufsschule aufzuschieben und gleichzeitig die Aula und die Mediathek ganz zu streichen, ist für mich ein Rätsel. Gemäss ursprünglichem Projekt sollten gymnasiale Bildung und Berufsbildung auf dem ehemaligen Chemie-Areal direkt nebeneinander angesiedelt werden. Das hat Symbolcharakter. Beide Schulen stehen nebeneinander, beide Bildungswege sind gleichwertig, ein starkes bildungspolitisches Zeichen. Genau dieses Zeichen wird nun zunichte gemacht. Aula und Mediathek sind für den Schulbetrieb zentral. Gleichzeitig bietet eine Aula auch einen Mehrwert für die Bevölkerung, da sie für Veranstaltungen genutzt werden kann.

Der Regierungsrat hat sich nun gegen den Bau dieser zentralen Elemente entschieden, wir sehen das anders. Für uns sind diese Gebäude essenziell, deshalb haben

wir hier korrigierend eingegriffen und den Antrag auf Erhöhung des Objektskredits um 45 Millionen Franken gestellt. Die räumliche Nähe von Berufsschule und Gymnasium bringt Synergien, gemeinsame Nutzung von Aula, Mensa, Turnhalle und Mediathek durch Schülerinnen und Schüler beider Schulen sowie Effizienzgewinne bei der Hauswartung und beim Unterhalt der Infrastruktur. Diese Synergien sind sinnvoll, wollen wir sie wirklich verpuffen lassen? Wir meinen, nein. Nun steht die Idee im Raum, die Berufsschule vom Provisorium in Stäfa in das Provisorium in Uetikon zu verschieben, wo heute das Gymnasium untergebracht ist. Damit soll vorderhand auf den Neubau verzichtet werden. Das Uetikon-Provisorium ist zweifellos ein solider Bau. Sinn ergeben würde eine solche Zwischenlösung aber nur, wenn kein fester Standort geplant worden wäre. Das ist hier nicht der Fall, der Bau der Berufsschule ist am See vorgesehen, und darum überzeugt dieser Umweg nicht. Zunächst ein Umzug ins Provisorium, wenige Jahre später ein zweiter Umzug in den Neubau, zwei Baustellen in kurzer Zeit und dies teilweise unter laufendem Betrieb des Gymnasiums, diese Etappierung ergibt schlichtweg keinen Sinn. Dieses Vorgehen verursacht unnötige Zusatzkosten. Kurzfristige Einsparungen werden durch höhere Folgekosten mehr als aufgehoben, denn jede Projektänderung verursacht zusätzliche Kosten. Am Ende geht es um eine einfache Frage: Wollen wir durch das Hin und Her unnötig Geld ausgeben oder am ursprünglichen Projekt festhalten? Was ist finanzpolitisch die klügere Lösung?

Für die Gesamtkosten zu beachten ist ferner, dass das Provisorium nach dem Auszug des Gymnasiums zurückgebaut und andernorts im Kanton wieder aufgebaut oder auch verkauft werden kann. Dies dürfte auf entsprechendes Interesse stossen. Offen bleiben zudem Fragen zum nicht überbauten Teil des Areals am See: Wird dieser Teil dann saniert, bleibt er eine Brache oder wird er zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität begrünt? Auch hier, welche Zusatzkosten würde dies verursachen?

Guter Unterricht hängt wesentlich von den Lehrpersonen ab, ebenso wichtig sind aber die richtigen Rahmenbedingungen, und dazu gehört eine adäquate Infrastruktur. Bereits heute ist die Berufsfachschule in Stäfa provisorisch untergebracht, ohne Mensa, ohne Mediathek und ohne Turnhalle. Der gesetzlich vorgeschriebene Sportunterricht kann so nicht gewährleistet werden. Dabei ist Bewegung zentral für die physische wie psychische Gesundheit der Schülerinnen und Schüler.

Ja, die Kosten des Projekts sind hoch, sie sind sehr hoch. Das ist jedoch nachvollziehbar. Die Lage am See, verbunden mit Altlasten aufgrund der früheren Nutzung, daher braucht es eine Sanierung sowohl auf dem Land wie auch im See. Zudem haben wir für bestehende Gebäude Schutzauflagen, diese sind im ISOS (*Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz*). Eine Anpassung an die Bedürfnisse der Schule erschweren und verteuern hier den Umbau. Bildung ist einer der wichtigsten Rohstoffe der Schweiz. Die Berufsbildung ist zentral für unsere Wirtschaft, die gleichzeitig über Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel klagt, und ausgerechnet die FDP will auf den Neubau der Berufsfachschule ver-

zichten. Und der SVP möchte ich sagen: Wenn wir genügend Fach- und Arbeitskräfte in der Schweiz ausbilden, dann brauchen diese nicht aus dem Ausland zuzuwandern. Das wäre doch in eurem Sinne, unter diesem Aspekt müsstet ihr der Krediterhöhung zustimmen.

Aus finanzieller Sicht ist die Krediterhöhung verantwortbar, insbesondere nach dem guten Abschluss 2025. Gleichzeitig erwarten wir von der Baudirektion aber, dass sie die Kosten strikt im Griff hat, funktional baut und auf unnötiges Vergolden verzichtet. Die Mitte steht klar hinter dem ursprünglichen Projekt mit Gymi und Berufsschule am See. Es ist eine Investition in die Bildung unserer Jugendlichen, in die Fachkräfte von morgen und damit in die Zukunft unseres Kantons Zürich. Die Schulen sind nicht nur für den Bezirk Meilen von Bedeutung, sondern für den ganzen Kanton Zürich. Wir stimmen der Krediterhöhung zu und danken für die breite Unterstützung. Besten Dank.

*Michael Bänninger (EVP, Winterthur):* Die EVP unterstützt den Objektkredit und auch die Erhöhung für die Kantonsschule Uetikon am See. Wir stehen vor der Frage: Wollen wir ein halbfertiges Projekt oder einen zukunftsfähigen Bildungsstandort?

Die Mehrheit der Kommission hat sich bewusst für den zukunftsfähigen Bildungsstandort entschieden, das ist aus unserer Perspektive richtig. Der Verzicht auf die Berufsfachschule und die Aula mag kurzfristig Kosten sparen, langfristig aber zahlen wir drauf, finanziell und bildungspolitisch. Wir verlieren Synergien, wir riskieren teure Nachbesserungen, kurz, wir verschieben notwendige Investitionen auf kommende Generationen.

Für die EVP ist klar, Bildung ist eine der nachhaltigsten Investitionen überhaupt. Dazu gehört auch die Gleichwertigkeit von gymnasialer und beruflicher Bildung. Es ist deshalb nicht überzeugend, wenn wir den Bedarf der Berufsfachschule zwar anerkennen, es aber auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben wollen. Das Projekt bietet die Chance, einen modernen Campus für die Sekundarstufe II zu schaffen, mit kurzen Wegen, gemeinsamen Infrastrukturen und echten Synergien. Diese Chance sollten wir nutzen und nicht stückeln. Ja, 45 Millionen Franken mehr, das ist viel Geld. Aber es ist gut investiertes Geld, weil wir damit eine nachhaltige, durchdachte und langfristig günstigere Lösung realisieren.

Die EVP sagt deshalb Ja zum Objektkredit und zur Erhöhung. Besten Dank.

*Manuel Sahli (AL, Winterthur):* Die AL wird dem korrigierten Objektkredit für den Neubau der Kantonsschule Uetikon am See zustimmen und damit der Mehrheit der KPB folgen. Ich denke, ich muss hier nicht gross über das Gesamtprojekt sprechen. Wenn wir aber über einen sinnvollen und kompletten Schulbau als Gesamtanlage sprechen, der nicht schon zu Beginn quasi nur eine halbe Sache ist, dann gehört zu solch einem Bau klar auch eine Aula mit Mediathek. Beide sind wichtige Infrastrukturen in Schulbauten. Der gemeinsame Campus mit der Berufsschule wird die effiziente Nutzung genau dieser Infrastruktur mit Aula, Mediathek und Turnhalle ermöglichen, also quasi ein Win-win-Konzept. Es macht keinen Sinn, hier irgendeinen Teil dieses Gesamtprojekts abzutrennen.

Explizit sind wir auch dagegen, hier weiterhin Providurien zu fördern, wie es die Kommissionsminderheit will, die den Anforderungen an eine zeitgemässe Infrastruktur nicht genügen. Wir brauchen im Bereich der Bildung keine Globus-Providurien. Wer bei der Bildung spart, spart am falschen Ort. Und gerade wer, wie ich, in Winterthur wohnt und in Dättnau aufgewachsen ist, weiss: Wenn man bei Schulhäusern unnötig spart, wird es später umso teurer. Jetzt haben wir die Gelegenheit, das Gesamtprojekt günstig zu bauen, statt es später für teures Geld nachzurüsten. Aufgeschoben ist bekanntlich nicht aufgehoben.

Wenn ich dann noch der bürgerlichen Kommissionsminderheit zuhöre, die als Gegenargument anbringen will, dass andere Bildungsbauten ja auch auf entsprechende Renovationen warten müssen und wir das Geld besser woanders investieren, ist dies eigentlich ein unsinniges Argument, denn wir wissen es alle: Sie unterstützen auch die Kürzung der Investitionen bei anderen Schulhäusern und generell im Bildungsbereich, alles unter dem Deckmäntelchen der Investitionspriorisierung. Und Sie schauen dabei nur kurzfristig auf die Kosten von heute, anstatt auch langfristig zu denken und diese Rechnungen nicht der kommenden Generation zu überlassen, die diese dann zahlen muss. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich hier aber nicht länger sprechen. Machen wir keine halben Sachen, stimmen wir dem Gesamtprojekt ohne Abstriche zu und unterstützen wir die Kommissionsmehrheit.

*Ratspräsident Beat Habegger:* Damit haben alle Fraktionen gesprochen. Und weil der Baudirektor jetzt dann gleich nach Bern eilen muss, gebe ich ihm das Wort für ein Statement.

*Regierungspräsident Martin Neukom:* Es ist tatsächlich so, dass ich gleich auf den Zug rennen muss, weil ich an eine Anhörung in einer Kommission in Bundesbern muss. Ich halte deshalb hier schnell mein Votum und hoffe, dass Sie dann nachher das Geschäft noch zu Ende beraten können.

Das Hauptthema bei diesem Projekt – und das liegt auf der Hand – sind die hohen Kosten. Ich spreche deshalb vor allem zu diesen Kosten. Ohne Sparmassnahmen, wenn wir dieses Projekt einfach ohne Sparmassnahmen so gebracht hätten, dann hätte dieses Projekt sage und schreibe 318 Millionen Franken gekostet.

Warum ist diese Schule so teuer? Diese Frage stellt sich berechtigterweise, und es gibt verschiedene Antworten, verschiedene Komponenten davon. Eines ist die Bauteuerung. Wir hatten im Kanton Zürich sehr lange gar keine Bauteuerung. Mit der Energiekrise gab es einen starken Anstieg, heute haben wir 15 Prozent Bauteuerung gegenüber 2019, also alles, was wir bauen, ist einfach 15 Prozent teurer, das heisst: In diesem Projekt sind 32 Millionen Franken nur die Bauteuerung gegenüber dem, was wir ursprünglich geplant hatten.

Der zweite Punkt, warum dieses Projekt so teuer ist, ist der Standort. Man wusste schon zum Zeitpunkt, als man diesen Standort festgelegt hat, dass es ein teurer Standort ist. Warum? Es kommt einfach viel zusammen an diesem Standort. Es ist eine alte Fabrik. Und in dieser alten Chemiefabrik hat es Gebäudeschadstoffe, und diese Gebäudeschadstoffe müssen natürlich alle saniert werden, bevor aus

dieser Fabrik ein Schulhaus werden kann. Diese Sanierung ist teuer. Es hat Altlasten im Boden, das wurde alles aufgeschüttet, und auch die Sanierung dieser Altlasten ist natürlich eine zusätzliche Aufwendung. Jede Baggerschaufel, die Sie hier aus dem Boden nehmen, muss in einer Deponie separat entsorgt werden, auch das kostet entsprechend Geld. Weiter muss beispielsweise die Ufermauer vorne am See saniert werden, weil sie instabil ist, auch das kostet zusätzlich Geld. Dann werden die alten Fabrikgebäude erhalten. Das ist sicherlich sehr schön, der Umgang mit dieser Substanz ist allerdings auch teuer. Und eine Fabrik, das erklärt sich von selbst, ist natürlich nicht optimal für eine Schulnutzung, das heisst die Raumnutzung ist nicht optimal, und das führt wiederum zu höheren Quadratmeterkosten, als wenn Sie das in einem optimalen Schulhaus bauen würden. Weiter erfolgt die Erschliessung über die Passarelle, das ist sehr sinnvoll, weil es vom Bahnhof her eine sichere Fussgängererschliessung ist, aber sie kostet entsprechend Geld. Also das alles, wenn das alles zusammenkommt, sind das die Gründe, warum dieses Projekt teurer ist als andere Projekte.

Schon bevor es überhaupt zum politischen Prozess kam, haben wir Sparmassnahmen ergriffen, schon seitens der Baudirektion. Das heisst, wir haben die Berufsschule, die damals geplant war, schon um einen Stock reduziert und zahlreiche Sparmassnahmen umgesetzt, beispielsweise haben wir kein Warmwasser auf den Toiletten und so weiter, und damit konnten wir schon mal 40 Millionen Franken einsparen. Also nach diesen 40 Millionen Franken war das Projekt noch bei 285 Millionen Franken. Nun, der Regierungsrat, und das wissen Sie, fand das Projekt dann zu diesem Zeitpunkt immer noch zu teuer und beschloss die weiteren Kürzungen, die hier schon ausgiebig diskutiert wurden, ich wiederhole sie nicht noch einmal. Es resultiert damit ein Objektkredit von 233 Millionen Franken, und das ist immer noch sehr viel Geld und es ist immer noch eine lohnenswerte Investition in den Bildungsstandort Kanton Zürich.

Um es kurz zu machen, ich komme zu den Anträgen: Der vorliegende Kommissionsantrag will die Kürzungen des Regierungsrates rückgängig machen und es soll das ursprüngliche Projekt umgesetzt werden. Der Regierungsrat beantragt Ihnen, dem Minderheitsantrag Weber zuzustimmen und damit einen Objektkredit von 233 Millionen Franken zu beschliessen. Herzlichen Dank.

*Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach):* Wir Grünen stehen ganz klar zum dualen Bildungsweg und darum ist es für uns nicht verständlich und es wird auch für sehr grosse Teile der Bevölkerung nicht verständlich sein, dass die rechte Ratsseite die Berufsfachschule nach 30 Jahren Provisorium in Stäfa wieder in einem provisorischen Bau stecken will, statt für die Ausbildung der jungen Berufsleute einen Neubau am See zu erstellen, wie ihn die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten bekommen. Damit senden Sie ein völlig falsches Zeichen ans Zürcher Gewerbe und an die vielen Jugendlichen, die in der Lehre sind oder eine beginnen wollen. Wir hatten mehrere amerikanische Abgeordnete zu Besuch. Sie waren in einem Lehrbetrieb und ausserordentlich beeindruckt davon, wie bei uns in der Schweiz bereits 16-Jährige selbstständig an Präzisionsmaschinen arbeiten und den Besucherinnen die Komplexität ihrer Arbeiten erklären, etwas, das unsere amerikanischen

Gäste noch nie erlebt hatten. Ich frage darum die Vertreter der rechten Seite: Sind Sie nicht auch ein bisschen stolz auf unsere Jugendlichen in der Lehre? Sind Sie nicht auch ein bisschen stolz auf die vielen Gewerbebetriebe, die unseren Jugendlichen eine hervorragende Ausbildungsstätte bieten? Warum drehen Sie bei der Berufsfachschule den Geldhahn zu? Soll noch jemand sagen, die Grünen seien gewerbefeindlich, Sie sind es doch in diesem Punkt, geschätzte Vertreterinnen und Vertreter auf der rechten Ratsseite.

Als Vertreter des Bezirks Meilen kann ich Ihnen sagen, warum das Provisorium der Kantonsschule in Uetikon als Ort für die Berufsfachschule nicht taugt: Uetikon erwartet ein Bevölkerungswachstum von bis zu 1000 neuen Einwohnerinnen und Einwohnern in den nächsten fünf Jahren, und das bedeutet, dass die Volksschule ihre Turnhallen und ihre Aussensportplätze wieder benötigt, die jetzt das Gymi noch mitbenützt. Aber Sport ist in der Berufsfachschule Teil des gesetzlichen Lehrplans. Und genau dieser Sport wird wegfallen, sollte die Berufsschule im Provisorium unterkommen. Mit einem Neubau hingegen auf dem Areal der CU Uetikon nutzen wir die Synergien mit der Kantonsschule. Es gibt Turnhallen, eine Mensa, eine Aula für Versammlungen, Panels und Podien. Und Sie wissen vielleicht nicht, und das ist ganz wichtig, dass die Gemeinde Uetikon für ihre Parzellen am See Anfang Mai noch 50 Millionen, Sie hören richtig, 50 Millionen Franken Mehrwertausgleich an den Kanton abliefern wird. Man kann also nicht sagen, dem Kanton ginge es nicht gut, auch angesichts des krassen Überschusses in der Rechnung 2025. Sie wissen alle – ich kürze ab –, dass, wenn wir dieses Projekt auf Eis legen, es dann, wenn wir es in zehn Jahren aus der Schublade nehmen, einfach viel teurer wird.

Und noch ein wichtiger Punkt zum Schluss: Warum braucht es eine Aula? Sie alle nehmen doch am Podium von «Discuss it» teil. Und wir haben «Discuss it», dem Verein für demokratische Bildung an der Schule, erst gerade den Zukunftspreis des Kantons Zürich zugesprochen. Und jetzt wollen Sie genau die Räume, in denen diese Podien stattfinden, an denen Sie selber teilnehmen, vor versammelter Schülerschaft, vor versammeltem Gymnasium, vor versammelter Berufsschule, genau diese Räume wollen Sie streichen? Das ist für mich unverständlich. Demokratie – ich komme zum Schluss – braucht Versammlungsräume, und an den Schulen bereiten wir die Menschen in unserem Land auf Demokratie vor. Eine Schule ohne Aula ist eine Schule ohne eigene Öffentlichkeit, darum braucht auch die Kantons- und Berufsschule Uetikon eine Aula. Das schulden wir unserer schweizerischen demokratischen Kultur.

*Rafael Mörgeli (SP, Stäfa):* Ich mache es ganz kurz, möchte aber noch etwas zur Bedeutung des Projekts für unseren Bezirk Meilen sagen: Manuela Tremonti und ich haben ja mehrere, breit abgestützte, überparteiliche Vorstösse zu diesem Thema eingereicht. Frau Tremonti hat ihr Votum zurückgezogen, damit wir diesen wichtigen Entscheid noch heute treffen können. Und mit unseren Vorstössen haben wir dem Unmut aus unserem Bezirk über den Entscheid des Regierungsrates, die Berufsfachschulen und einen Teil des Gymnasiums nicht zu bauen, Ausdruck verliehen. Und ich denke, dieser Unmut hat Wirkung gezeigt. So hat die

KPB den Fehler des Regierungsrates ja korrigiert, und ich hoffe sehr, dass wir heute der KPB folgen.

Wo der Unmut aber bis jetzt nicht Wirkung gezeigt hat in diesem Rat, ist bei FDP und SVP. Und gerade die FDP und die SVP hätten ja genügend Vertreterinnen und Vertreter in ihrer Fraktion aus unserem Bezirk. Offenbar konnten sich diese aber nicht durchsetzen oder aber die Kantonsratsmitglieder aus SVP und FDP aus dem Bezirk Meilen haben den Stimmen aus unserem Bezirk, die ja vor allem auch aus ihren Reihen kommen, nicht gut zugehört. Denn alle, wirklich alle, die mit der betroffenen Gemeinde Uetikon, aber auch mit allen anderen Gemeinden des Bezirks gesprochen haben, alle, die mit dem Forum Berufsbildung des Bezirks oder mit dem BZZ (*Bildungszentrum Zürichsee*) Kontakt hatten, sollten die einhellige Meinung aus dem Bezirk kennen. Sie wollen das Projekt weder verkleinern noch teilen. Die BZZ in Stäfa muss unbedingt an einen neuen Standort kommen. Im Moment ist es ja auch im Provisorium, schon seit – wir haben es gehört – langer Zeit. Und fragen Sie die Vertretung aus Uetikon, ob sie das Gymi-Provisorium der BZZ geben würden, Kollege Ledergerber, fragen Sie sie. Alle, die mit Uetikon jemals ein Gespräch zu diesem Thema geführt haben, wissen: Das ist eine Illusion. Wir sind hier drin keine Parteisoldatinnen und Parteisoldaten, wir sind auch die Vertretenden unseres Bezirks. Sie können sicher sein, dass jene Menschen, die wir vertreten, genau darauf schauen werden, wie wir heute abstimmen, und daraus in einem Jahr ihre Konsequenzen ziehen werden.

Die SP und ich haben die Stimmen aus unserem Bezirk gehört, deshalb stimme ich mit Überzeugung der Aufstockung des Kredits zu für ein Gymnasium, das seiner Funktion gerecht wird, und für eine moderne Berufsbildung auch in unserem Bezirk Meilen.

*Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg) spricht zum zweiten Mal:* Es ist schon spannend, die Parteien von Mitte bis AL sprechen von Symbolpolitik, von Signalwirkung. Ich kann es Ihnen nicht anders sagen, das ist Geschwafel von Verbandsfunktionären, Gemeinderäten und, wie wir es gehört haben, Kantonsräten, die sich ein Baudenkmal erbauen wollen. Niemand hier drin spricht von den Berufsschülern. Interessiert es irgendeinen Berufsschüler, ob er neben einer Kantonschule in die Berufsschule geht oder nicht? Ich habe von keinem Berufsschüler irgendetwas gehört, weder ein Telefonanruf noch eine E-Mail, nein, die Berufsschüler wollen einen guten Bildungsplan, eine gute Lehre und eine gute Infrastruktur, und das erhalten sie mit dem Vorschlag des Regierungsrates. Und sie wollen optimal auf das Berufsleben vorbereitet werden, und hier senden Sie ein fatales Signal. Es sind Berufsabgänger, die einmal einen Gewerbebetrieb führen müssen, die einmal eine Verantwortung über ein Budget haben. Und Sie senden das Signal: Geben Sie das Geld aus, investieren Sie, auch wenn das Geld nicht vorhanden ist. Und das ist fatal. Und wohin führt das? Das sehen Sie in der Stadt Zürich: Der Schuldenberg wächst, wächst und wächst, wenn man einfach jedes Projekt realisiert, das auf dem Wunschzettel steht.

*Eintreten*

ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

### *Detailberatung*

#### *Titel und Ingress*

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

I.

#### ***Minderheitsantrag Stephan Weber, Barbara Franzen, Barbara Grüter, Walter Honegger, Domenik Ledergerber, Peter Schick, Simon Vlk:***

*I. Für den Neubau der Kantonsschule Uetikon am See, die Altlastensanierung und die Umgebung wird ein Objektkredit von insgesamt Fr. 233 100 000 bewilligt. Davon gehen Fr. 217 246 000 zulasten der Investitionsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 8750, Liegenschaften Verwaltungsvermögen, Fr. 7 100 000 zulasten der Investitionsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 7301, Mittelschulen, und Fr. 8 754 000 zulasten der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 8750, Liegenschaften Verwaltungsvermögen. Die Kosten für die Übertragung der Teilgrundstücke Kat.-Nrn. 5216 und 5222 vom Finanzvermögen in das Verwaltungsvermögen zum Buchwert von Fr. 6 369 000 sind im Objektkredit enthalten.*

*II. Der Betrag für die baulichen Massnahmen, die Ausstattung und die Altlastensanierung von rund Fr. 226 731 000 wird nach Massgabe des Zürcher Indexes der Wohnbaupreise gemäss folgender Formel der Teuerung angepasst:*

*Bewilligte Ausgabe × Zielindex ÷ Startindex (Indexstand April 2023)*

*III. Der Regierungsrat wird ermächtigt, aus dem Rahmenkredit über die Verwendung der Jubiläumsdividende 2020 der Zürcher Kantonalbank, Dispositiv II lit. c gemäss Beschluss des Kantonsrates vom 15. November 2021 (Vorlage 5694a), einen Investitionsbeitrag für den Seezugang im Rahmen des Neubaus der Kantonsschule Uetikon am See in Höhe von Fr. 6 900 000 zulasten der Investitionsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 8500, Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft, freizugeben.*

*IV. Der Regierungsrat wird eingeladen, bei der Gemeinde Uetikon am See eine Änderung der BZO zu erbitten, damit die Berufsfachschule Stäfa vorübergehend im Provisorium Rossweid untergebracht werden kann.*

*V. Der Regierungsrat wird eingeladen, eine Realisierung der Berufsfachschule auf dem Areal der CU Uetikon in die Projekt- und Investitionsplanung mit Realisierungszeitpunkt 2040–2050 aufzunehmen.*

*VI. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.*

*VII. Veröffentlichung im Amtsblatt.*

*VIII. Mitteilung an den Regierungsrat.*

### *Abstimmung*

**Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Stephan Weber gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 102 : 66 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen.**

*Ratspräsident Beat Habegger:* Wie einleitend gesagt, müssen wir noch feststellen, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird.

Der Kantonsrat besteht aus 180 Mitgliedern, weshalb es mindestens 91 Stimmen braucht. Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

*Abstimmung über die Ausgabenbremse*

**Für Ziffer I der Vorlage 6020a stimmen 102 Ratsmitglieder.** Das erforderliche Quorum von 91 Stimmen ist erreicht worden.

*II.–VI.*

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.